

Bierstädter Zeitung

Anzeiger für das blaue Ländchen

Amtsblatt

Anzeiger für das blaue Ländchen.

Erscheint 3 mal wöchentlich

Dienstags, Donnerstags und Samstags.
Bezugspreis monatlich 2.— Mk., durch die
Post vierteljährlich 6.— Mk. und Bestellgeld.

Umfassend die Ortschaften:

Auringen, Bierstadt, Breckenheim, Deffenheim, Diedenbergen,
Erbenheim, Hefloch, Kloppenheim, Massenheim, Medenbach,
Naurod, Nordenstadt, Rambach, Sonnenberg, Wallau, Wildsachsen.

Der Anzeigenpreis beträgt: für die kleinspaltige
Petitzelle oder deren Raum 50 Pfg. Reklamen
und Anzeigen im amtlichen Teil werden pro
Zeile mit 1,50 Mk. berechnet. Eingetragen
— in der Postzeitungsliste unter 1110 a. —

Redaktion und Geschäftsstelle: Bierstadt, Ecke Moritz- und Röderstraße. Fernruf 2027. Redaktion, Druck und Verlag: Heinrich Schulze, Bierstadt.

Nr. 126.

Donnerstag den 28. Oktober 1920.

20. Jahrgang.

Chronik des Tages.

Was jedermann wissen muß.

Der Reichsfiskus wird am Mittwoch im Reichstage eine Erklärung über die innere Lage, insbesondere über die Gewähr der bundesstaatlichen Autonomie an Oberpreußen und die Sozialisierungsfrage abgeben.
Der Deutschnationale Parteitag nahm einstimmig eine Entschließung an, mit allen Mitteln auf die tunlichste Beschleunigung der Wahl des Reichspräsidenten hinzuwirken.
Der Deutsche Banken- und Bankierstag ist zu seiner ersten Tagung nach dem Kriege in Berlin zusammengetreten.
Die Einigungsverhandlungen im englischen Grubenstreik nehmen gute Fortschritte.
Der König von Griechenland ist an den Folgen eines Affenbisses gestorben.
Die Meldung von dem Hungertode des Bürgermeisters von Cork hat in Irland und in Amerika große Erregung hervorgerufen.

Bessere Holzversorgung.

Ein Forstkulturgebiet für Preußen.

Vor einiger Zeit hat das Reichsministerium für Landwirtschaft und Ernährung den Entwurf eines Reichsförstergesetzes ansgearbeitet und dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung unterbreitet. Nun tritt auch das preussische Landwirtschaftsministerium mit eigenen Entwurf eines „Forstkulturgebietes“ auf den Plan, allerdings mit dem Bemerkten, daß der Entwurf dem Parlament noch nicht zugehen kann, weil einige seiner Vorschriften einer besonderen reichsgesetzlichen Grundlage bedürfen.

Zweck der neuen Bestimmungen ist es, die Ertragsfähigkeit des Privatwaldes so zu heben, wie es für das Gemeinwohl künftig notwendig ist. Durch den Frieden von Versailles ist Deutschland mit seiner künftigen Holzversorgung in eine schwierige Lage geraten. Preußen verliert allein, ohne das Abstinenzgebiet, 982.000 Hektar Waldbestand mit über drei Millionen Festmeter Jahreserholzung. Das sind 11,5 Prozent der preussischen Waldfläche und 12,3 Prozent des preussischen Jahreserholzungsbetrages. Hierbei ist zu beachten, daß Deutschland schon seit langem nicht die für seinen Bedarf erforderliche Holzmenge erzeugen konnte, und daß es im letzten Friedensjahre allein 14,5 Millionen Meter Kuchholz aus dem Ausland, davon allein 80 Prozent aus Rußland und Österreich, einführen mußte. Der Bedarf wird jetzt auf 59 Millionen Festmeter geschätzt, die Möglichkeit der jährlichen Holzherzeugung aber nur auf 42 Millionen. Es bleibt deshalb auf lange Zeit ein

jährlicher Fehlbetrag von 17 Millionen Festmeter Holz zu decken. Um den Fehlbetrag nach Möglichkeit aus Beständen des Inlandes zu decken und die Einfuhr von ausländischem Holz auf ein Mindestmaß zu beschränken, muß die Privatwirtschaft um jeden Preis gefördert werden. Alle Mittel der Selbsthilfe haben die Wirtschaft nicht zu heben vermocht. Diese Bestrebungen müssen deshalb durch eine

behördliche Beaufsichtigung der Privatwaldungen, die auf eine allmähliche Beseitigung der Mängel hinwirkt, baldmöglichst ergänzt werden.

Jeder private Waldbesitzer wird deshalb verpflichtet sein, seinen Wald nach den Grundsätzen einer pfleglichen Forstwirtschaft so zu bewirtschaften, daß die Ertragsfähigkeit des Bodens erhalten und nach Möglichkeit gesteigert wird. Innerhalb dieser Grenze bleibt er in der Bestimmung der Wirtschaftsziele frei.

Er kann, unbeschadet der Erhaltung der Bodenkraft, wählen, welche Holzart, Betriebsart oder Umtriebszeit er einführen will. Er hat freie Hand in der Art der Durchforstung und Verjüngung.

Dem Waldbesitzer soll mithin in der technischen Bewirtschaftung weitgehendste Bewegungsfreiheit verbleiben. Alle Waldbrodungen sind jedoch genehmigungspflichtig, und Waldbößen und Verjüngungen sind aufzuforsten, wenn sie sich nicht vorwiegend zu landwirtschaftlicher oder einer anderen zweckmäßigen Aufzucht eignen. Auf die Leistungsfähigkeit der Forstwirtschaft und die Größe der Fläche ist bei den Anordnungen Rücksicht zu nehmen.

Mit der Staatsaufsicht über die Privatwaldungen sollen die Landesforstbehörden betraut werden. In erster Instanz wird sie von Sachverständigen, Kulturamtsvorstehern ausgeführt, oder in zweiter Instanz von den Präsidenten der Landesforstämter, denen höhere forsttechnische Beamte beigegeben werden.

Aus den Bestimmungen des Entwurfes über die Amtsbezeichnungen der Privatforstbeamten sei hervorgehoben: Die Bezeichnung Förster, Revierförster, Oberförster, Forstmeister dürfen nur Angehörige führen, die den Bedingungen entsprechen, die vom Minister für Landwirtschaft, Domänen und For-

sten für die Führung dieser Bezeichnung festgesetzt werden. Auch haben nur solche Beamte das Recht zum Waffengebrauch.

Diktat an Deutschland?

Ein neuer Vorstoß der französischen Politik.

Nach einer Meldung aus Paris, die freilich unbestimmt lautet, soll als neueste Antwort auf die englische Note in der Wiederherstellungsfrage Frankreich den Vorschlag gemacht haben, daß eine Konferenz von Sachverständigen, die von der Wiederherstellungskommission gewählt werden sollen, zusammenzutreten habe, um deutsche Sachverständige gutachtlich zu hören. Auf Grund dieser Beratungen hätte dann die Wiederherstellungskommission ein Gutachten abzugeben, worauf der Große Rat die letzte Entscheidung zu treffen und gewisse Garantien (!) festzusetzen hätte, welche bestimmt sein sollen, die Wiederherstellungsleistungen Deutschlands sicherzustellen. Diesem

Standpunkt soll sich auch bereits die englische Regierung anbequemt haben.

Danach hätte wieder einmal die französische Politik über den englischen Widerstand den Sieg davongetragen und man hätte es mit einem neuerlichen Diktat der Entente gegenüber Deutschland zu tun. Verdächtig ist dabei vor allen Dingen der Passus von den Garantienmaßnahmen. Es ist zu vermuten, daß Frankreich mit diesem Teil seines Vorschlages wiederum auf die Befestigung des Ruhrgebietes hinarbeitet, die nachgerade das A und O der französischen Politik zu werden droht. So hartnäckig auch bisher der englische Ministerpräsident an seinem Ziel der möglichen Ausschaltung der Wiederherstellungskommission festgehalten hat, so ist es doch nicht unmöglich, daß die Meldungen von dem neuesten französischen Sieg auf Wahrheit beruhen. Denn wenn nicht alles täuscht, hat sich die französische Politik in der Behandlung ihrer Alliierten eine neue Taktik insofern zurecht gemacht, als sie geheime Wünsche des englischen Ministerpräsidenten zu erkennen sucht um ihnen zunächst mehr oder minder energische Widerstände entgegenzusetzen. Ihre Zustimmung zu dem englischen Wunsche macht sie dann schließlich von einer Gegenleistung abhängig, die natürlich irgend einen Nachteil für Deutschland in sich schließt.

So kommt es, daß England immer mehr vor dem aggressiven französischen Vorgehen zurückzukehren scheint. In Wirklichkeit findet natürlich England darin stets seine Vorteile, auf der anderen Seite aber auf Frankreich. Der leidende Teil ist in allen Fällen das deutsche Volk. Es wird die Aufgabe unserer Regierung sein, auch dem neuesten französischen Vorstoß auszuweichen und hindernd entgegenzutreten.

König Alexander †.

Der griechische König den Folgen des Affenbisses erlegen.
— Athen, 26. Oktober. Habas n. elct: Der König von Griechenland ist gestorben.



König Alexander von Griechenland

Vor etwa vierzehn Tagen wurden zum ersten Male Nachrichten über eine seltsame Krankheit des Königs verbreitet. Angeblich hatte König Alexander versucht, seinen Hund, der im Park des königlichen Schlosses von zwei dem König kürzlich zum Geschenk gemachten Affen angefallen worden war, zu befreien und war bei dieser Gelegenheit von dem einen der beiden Affen

in den Unterleib gebissen worden. Nach einer anderen minder glaublichen Darstellung soll es sich um ein teuflisch angelegtes Attentat handeln, zu dem ein mit giftigen Bazillen geimpfter Affe benutzt wurde. Trotz sofortiger Operation durch den Pariser Professor Vidal, der dafür ein Honorar von 400.000 Mark erhielt, gelang es nicht, die durch den Affenbiss hervorgerufene Infektion aufzuhalten. Montag nachmittag ist der König der Vergiftung erlegen.

König Alexander ist am 20. Juli 1893 geboren. Mitte 1918 gelangte er nach der erzwungenen Abdankung des deutschfreundlichen Königs Konstantin und des Thronfolgers im Alter von 23 Jahren zur Regierung. Als Herrscher führte er nur ein Schattenspiel. Er war das willenlose Werkzeug der Entente und vor allem des griechischen Diktators Venizelos, der den König Konstantin aus dem Lande vertrieben hatte und von da ab der wirkliche Herrscher in Griechenland ist.

Der König war noch nicht gestorben, da hatte auch schon der Streit um die Erbfolge eingesetzt. Bekanntlich hat der in der Schweiz lebende Erbprinz Konstantin, der es verstanden hatte, sein Land vom Weltkrieg fernzuhalten, und deshalb von der Entente und der Partei des ehemaligen Kremler Freischärlers Benizelos wegen seiner „Deutschfreundlichkeit“ im Jahre 1917 zur Abdankung gezwungen wurde, niemals einen Thronverzicht unterzeichnet. Auch der älteste Sohn Konstantins, der rechtmäßige Kronprinz Georg, hat noch nicht offiziell auf den Thron verzichtet. Doch ist niemals daran zu denken, daß einer von den beiden gegen den Willen des ehrgeizigen Diktators Benizelos nach Athen zurückkehren wird. Bedeutend größere Aussicht hat dagegen der jüngere Bruder des verstorbenen Königs, der 19-jährige Prinz Paul. Es ist jedoch sehr fraglich, ob König Konstantin dies zulassen wird.

In Athen scheint Ruhe zu herrschen. Die Partei Konstantins ist viel zu schwach, als daß sie es auf einen offenen Kampf mit den überstarken Benizelisten ankommen lassen könnte. Es ist beabsichtigt, in Kürze eine Art Nationalversammlung einzuberufen, um dieser Vorschläge über die Wahl eines neuen Königs zu machen.

Deutschnationaler Parteitag.

Die Ziele der Partei.

In seiner großangelegten Programmrede entwarf der Vorsitzende des Parteivorstandes Staatsminister a. D. Hergt ein klares Bild über die Ziele der Deutschnationalen Volkspartei. Unter der Herrschaft des heutigen parlamentarischen Systems sei es heilige Pflicht, Opposition zu treiben, um dem deutschen Volke das Gewissen zu schärfen. Zu einer Besserung der finanziellen Verhältnisse würden wir nie gelangen, solange nicht die Monarchie wieder eingeführt sei, die allein ein gutes starkes Beamtentum schaffen könne. Auch müsse eine gründliche Revision des Steuersystems gefordert werden. In Bezug auf die auswärtige Politik müsse unbedingt eine Revision des Versailler Friedensvertrages gefordert werden. Bei der Präsidentswahl will die Partei alles versuchen, um zu verhindern, daß man mit der sozialistischen Regierung noch in den Winter hineintomme. Die Deutsche Volkspartei sei bei der Regierungsbildung in eine Sackgasse geraten. Klarheit müsse sie schaffen. Mit Halbschritten könnten die Deutschnationalen mit der Deutschen Volkspartei nicht in den Wahlkampf ziehen. Mit der Sozialdemokratie gäbe es kein Paktieren. Das Ziel der Deutschnationalen sei der Ordnungsstaat, namentlich in Preußen. Mit aller Energie werde sich die Partei gegen eine Verschlagung unseres geliebten alten Preußen wehren.

Ueber die „Deutsche Frage“

sprach alsdann der Hauptschriftleiter der „Deutschen Tageszeitung“, Wäcker-Verlin. Im Anschluß an diese Rede nahm der Parteitag eine Entschließung an, in der der Anschluß Deutschlands an das Reich und eine starke Reichsgewalt gefordert wird. Die frühere Kleinstaaterei muß aufhören. Der zentralistische Unitarismus wird abgelehnt und Rückkehr zum Föderalismus gefordert. Unbedingt notwendig ist die staatenbildende Kraft eines starken Preußens. Die Resolution sagt am Schluß:

„Mit aller Entschiedenheit bekämpfen wir eine preussische Regierung, die der von ihr beanspruchten einzigen Rechtsgrundlage dem Volkswillen nicht mehr entspricht und durch eine dem preussischen Staatsgedanken wie den guten Preussengeist zerstörende Tätigkeit als separatistische Bestrebung grobachtet. Mit allem Nachdruck fordern wir die einheitliche Herbeiführung der Neuwahlen in Preußen. Von ihrem Ergebnis erhoffen wir die Gesundung Preußens und damit zugleich auch die Deutschlands.“

Unter dem Beifall des gesamten Parteitages legten darauf die Vertreter Tirols und Deutschböhmens ein jubelnd ausgenommenes Bekenntnis zum Deutschtum ab.

Es folgte ein Referat des Abg. v. Graefe über die „Revision des Versailler Friedens“. Komme keine Revision des Vertrages, dann können wir auch den Wiederaufbau einstellen. Noch regiere das Rechtsgefühl in der Welt, nicht eine Unterdrückung der Kräfte und der Energie sei. (Zustimmung.)

Am Nachmittag trat der Parteitag in die Aussprache der Referate ein, nach deren Beendigung eine Reihe von Entschließungen zugunsten der Schwerverkriegsbeschädigten, der deutschen Kolonien u. a. einstimmig angenommen wurden.

Am Abend sprach Staatsminister a. D. Helfferich in der Stadthalle vor einer Riesenschar über die politische Lage. Beim Ausgang brachte ihm die Menge stürmische Ovationen und, als er sich mühsam den Weg zum bereitstehenden Wagen gebahnt hatte, wurden ihm die Pferde ausgespannt. Im Paßschritt ging es zur Villa des Generalfeldmarschalls, wo Hindenburg und Helfferich erneute Huldigungen dargebracht wurden.

Der zweite Tag.

Zu Beginn der Diensttagung nahm der Parteitag einstimmig eine Entschließung an, mit allen Mitteln auf die tüftlichste Beschleunigung der Wahl des Reichspräsidenten hinzuwirken.

Heber „Volkstum und deutsche Zukunft“ sprach dann Abg. Dr. Ritter. Seine Ausführungen über die Bedeutung der Verbindung von Familie, Kirche und Schule wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen. Abg. Lambach sprach dann zur „Deutschen nationalen Sozialpolitik“. Das Ziel der deutschen nationalen Volkspartei sei nicht Herrschaft des Kapitalismus, sondern gleichberechtigte Gesellschaftsarbeit. Die Partei fordere als einen Schritt zum Ziel die Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer. Nicht mechanische Sozialisierung, sondern organische Produktionsgemeinschaft müsse das Ziel sein. Sie allein werde die Sklavensitten von Versailles sprengen helfen.

Am diesigen Referat schloß sich eine ausführliche Diskussion. Eine Tagung der deutschen nationalen Frauen bildete den Abschluß des Parteitages.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 26. Oktober 1920.

Die interalliierte Rheinlandkommission hat für das besetzte Gebiet jetzt die Straffreiheit für Ablieferung der Waffen zugelassen.

Der französische Gesandte in München, Dard, soll angeblich abberufen werden.

Der Reichsausschuß der deutschen Zentrums- partei wird vom 31. Oktober bis 2. November in Berlin im Reichstagsgebäude zusammentreten.

Die geplante Sozialisierung der Hamburger Apotheken ist nunmehr in der Finanzdeputation abgelehnt worden.

Von den 7000 Gemeinden Bayerns haben etwa 4000 um die Erlaubnis zur Erhöhung der Löhne nachgefragt.

Die Internationalisierung der Wasserwege. Wie das „Berl. Tagebl.“ erzählt, finden bereits seit geraumer Zeit vorbereitende Verhandlungen zur Internationalisierung der Flüsse und Wasserwege in Paris statt, an denen außer der Entente Vertreter aller Staaten teilnehmen, deren Gebiet von den in Frage kommenden Strömen berührt wird. Für Deutschland befinden sich Staatssekretär Dr. Peters und Regierungs- rat Dr. Oppermann in Paris. Trotz der Schwierigkeiten hofft man, nach Erledigung der Vorbesprechungen, zu einem annehmbaren Kompromiß zu gelangen, das im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse möglichst bald erwünscht ist.

Die beschlagnahmten Nummern-Flugzeuge. Wie die „Börs. Ztg.“ hört, hat die deutsche Regierung gegen die Beschlagnahme der Nummern-Flugzeuge in Wien Protest eingelegt. Sie hält die Anwendung der angeführten Bestimmungen des Vertrages von St. Germain für ungerechtfertigt, da es sich natürlich bei einem Postflugzeug zwischen München und Wien nicht um eine „Einfuhr“ von Flugzeugen im allgemeinen östlichen Sinne und im Sinne des Friedensvertrages handeln kann.

Und in den Armen liegen sich beide. Der Zentralkomitee der kommunistischen Partei Deutschlands stellte in seiner letzten Tagung fest, daß die Vorgänge innerhalb der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei und der kommunistischen Arbeiterpartei die Voraussetzungen für die Bildung einer Vereinigung der kommunistischen Partei Deutschlands geschaffen sind. Die Verschmelzung solle sofort organisch innerhalb der Mitgliedschaft vorbereitet und binnen kürzester Zeit durchgeführt werden. — Neuerlich tritt die Vereinigung der Linksunabhängigen mit den Kommunisten durch die Herausgabe gemeinschaftlicher Aufrufe in Erscheinung. Die „rote Fahne“ veröffentlicht eine Kundgebung, die vom Zentralkomitee des linken Flügels und von der Zentrale der K. P. D. unterzeichnet ist und in der die einzige geschlossene Partei der deutschen Kommunisten proklamiert wird. Das Aktionsprogramm wird dahin präzisiert, daß mit parlamentarischen Mitteln nichts zu erreichen sei. Die Diktatur der Bourgeoisie sei nur durch die Eisenfaust des Proletariats, durch die Diktatur des Proletariats niederzuwerfen. — Hiernach ist die den Linksunabhängigen auf dem Parteitag in Halle von Sinowjew gegebene Zusicherung, daß sie nicht in der kommunistischen Partei aufgehen brauchen, nur eine Täuschung gewesen, um die Entscheidung des Parteitags zugunsten des Anschlusses an Moskau zu beeinflussen.

Eine internationale Gewerkschaftskommission im Ruhrgebiet.

Auf der Monatsversammlung der Leitung des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam faßte zu einer sehr eingehenden Erörterung der Lage in Mitteleuropa und der Folgen, die eine eventuelle Befestigung des Ruhrgebietes durch die Entente für die weitere Entwicklung der mitteleuropäischen Lage haben könnte. Auf Ersuchen der Verbandsleitung nahmen an der Besprechung der Vorsitzende Legien und der zweite Vorsitzende Graßmann vom deutschen Gewerkschaftsbund teil. Es wurde beschlossen, daß noch im Laufe dieser Woche eine Abordnung des Vorstandes des internationalen Gewerkschaftsbundes sich nach dem Ruhrkohlengebiet begeben soll, um sich dort über den Stand der Dinge zu informieren. Die Abordnung wird bestehen aus Jouhaux (Frankreich), Mertens (Belgien), den Sekretär des internationalen Gewerkschaftsbundes, Himmen, und einem durch die englischen Gewerkschaften zu ernennenden Vertreter.

Deutsche Volkspartei und Sozialisierung. Zu dem augenblicklich stark erörterten Sozialisierungsproblem führte Dr. Stresemann aus: In der Frage der Sozialisierung sei sich die Fraktion darüber einig, daß die in Aussicht stehende Vorlage weder den Vorschlag Ledebur noch den Vorschlag Rathenau zur Grundlage haben könne. Der Stellungnahme zur Sozialisierungsfrage müßten die Beratungen des Wirtschaftsrates und des Reichskohlenrates vorausgehen, da die Sozialisierungskommission selbst nicht als ein sachverständiges Organ angesprochen werden könne. Für die Fraktion stehe fest, daß die Zustimmung zu einer Verstaatlichung des Bergbaues für sie nicht in Betracht kommt, aber auch nicht die Unterstellung der Kohlenwirtschaft unter ein unsachverständiges Kohlenparlament, daß dagegen eine starke Einflußnahme des Reiches auf die Kohlenwirtschaft und Preispolitik und eine Kapital- und Gewinnbeteiligung der Arbeiter und Angehörten, sowie des Reiches diskussionsfähig sei. Der Hauptgegensatzpunkt, den auch Lloyd George in dem kohlenreichen England in den Vordergrund stellte, und den das kohlenarme Deutschland erst recht zum obersten Grundsatze erheben müsse, sei die Förderung der Produktion. Es sei zu erwägen, ob nicht eine Beschränkung der freien Gewinnverfügung lebenswichtiger Industriebetriebe nach der Richtung zu erwägen sei, daß gewisse Mehrgewinne zur rationalen Produktionshebung verwandt werden müßten.

Verbot der Reaufnahme für Präparandenanstalten. Das preussische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat den Provinzialschulkollegien mitgeteilt, daß zu Ostern 1921 bei sämtlichen Präparanden- und Präparandinnenanstalten von der

Aufnahme neuer Schüler und Schülerin- nen abgesehen werden muß. Ob zu dem genannten Zeitpunkt die Gründung deutscher Oberschulen erfolgen kann und an welchen Orten solche Schulen etwa eingerichtet werden sollen, läßt sich zurzeit noch nicht übersehen. Die Zentrumsfraktion hat in der preussischen Landesversammlung eine große Anfrage eingebracht, wie die Staatsregierung der Not unserer höheren Schulen abzuhelfen gedenke. Bei der Beratung dieser Anfrage dürfte auch die oben erwähnte Verfügung zur Sprache gebracht werden.

Ein unabhängiger Landrat. Der bisherige Landrat des Kreises Schwelm, Dr. Graf, ist in gleicher Eigenschaft und als Polizeipräsident nach Gelsenkirchen versetzt worden. Sein Nachfolger ist Dr. Erdmann, der der unabhängigen sozialdemokratischen Partei angehört.

Rundschau im Auslande.

Der belgische Ministerpräsident Delacroix wird dem König bei seiner Rückkehr aus Südamerika das gemeinsame Rücktrittsgeheimnis überreichen.

Die Unterhaltung und Verwaltung des Kaiser- bundes erfordert im Jahre 1920 über 20 Millionen Goldfranken.

Ungarn: Ententeultimatum an Ungarn.

Nach Meldungen aus Budapest hat die Note der Entente an die ungarische Regierung zwecks Ratifizierung des Friedensvertrages von Trianon am 1. November den Charakter eines Ultimatums. In der Note wird ausgeführt: Die ungarische Regierung habe sich bisher außerstande gezeigt, die militärischen Kräfte des Landes im Einklang mit den Bedingungen des Friedensvertrages zu bringen. Die Note fordert ungekürzte Abrüstung der ungarischen Armee. Die ungarische Regierung wird unter Berufung auf technische Schwierigkeiten um einen kurzen Aufschub der Frist vom 1. November ersuchen.

Die Trauer um den Bürgermeister von Cork. Der Tod des Bürgermeisters von Cork hat in Irland große Erregung hervorgerufen. Lord French, der Vizekönig von Irland, wurde angesichts der bedrohlichen Lage nach London berufen. Aus Anlaß des Todes des Bürgermeisters Swinney hat die Stadt Cork einen



Der von den Engländern verhaftete Bürgermeister von Cork (Irland) MacSwiney.

sche Trauer angelegt. Alle amtlichen Bureaus wurden geschlossen. Nach einer Meldung des „Mail“ aus London befinden sich im Gefängnis von Cork noch neun Einspänner, die seit 16 Tagen hungern, außer dem Bürgermeister von Cork ist noch ein anderer Hungerstreikender namens Murphy gestorben. — Der Hungertod des Bürgermeisters von Cork hat auch unter den Iren in New York große Erregung hervorgerufen. Verschiedene irische Gewerkschaften erließen einen heftigen Protest. Es werden Versammlungen angekündigt. Der Bürgermeister von New York, Schan, der Ire von Geburt ist, ließ „zur Ehrung eines der edelsten Märtyrer, die jemals für die Freiheit gestorben sind“, die amerikanische Flagge auf dem Rathaus aufziehen.

Der Herr von Zimmer Nr. 19.

Kriminalroman von Walter Brand.

49) (Nachdruck verboten.)

„Nun, kannst du mir nicht antworten?“ rief er herrlich. Die alte Standuhr in der Ecke schlug gerade die erste Morgenstunde. Es war Alara, als dringe der Schlag in ihr Herz hinein und riss dort etwas entzwei. Aber sie dachte doch daran, daß der Mann, der da vor ihr stand, und sie sich gegenseitig gelobt hatten, den Weg durchs Leben gemeinsam zu machen, und daß diese Wanderung auf unüberwindliche Hindernisse stoßen würde, wenn sie es bei der ersten Meinungsverschiedenheit schon nicht möglich machen könnten, sich zu einigen.

Und deshalb sagte sie sanft: „Lieber Bernhard, ich habe keinen anderen Gedanken gehabt, als den, in diesem Dienst meine Pflicht zu tun. Sonst nichts. Daß ich ein Unrecht begangen haben sollte, das kann ich dir nicht antworten, denn es wäre nicht die Wahrheit. Aber ich verspreche dir, daß es das letzte Mal gewesen sein soll, daß ich solche Aufträge übernommen habe, die dir nicht erwünscht erscheinen, und so können wir diese Angelegenheit wohl auf sich beruhen lassen. Bitte, sei wieder gut.“

Sie hielt ihm die Hand hin, und zögernd legte er seine Rechte hinein. „Du mußt mir versprechen, daß du von jetzt ab niemals und unter keinen Umständen wieder solche Aufträge übernehmen wirst, auch wenn dir dieser Baron von Hellberg als ein besonders interessantes Beobachtungsobjekt erscheint.“

„Das habe ich doch nicht gesagt“, wehrte sie ihn ab. Er beharrte bei seiner Anschauung. „Es lief aber ganz darauf hinaus. Du sagtest ja, der Baron habe den Polizeianzeiger unter seinen Zeitungen gehabt.“

„Das geht mich doch gar nichts an“, versetzte sie lebhaft. „Ich habe es nur erwähnt, weil du mir einen Vorwurf gemacht hast, weil ich in diesem Blatte las.“

Er drohte ihr mit dem Finger. „Bestell dich nur nicht. In dieser Nummer des Polizeianzeigers steht von einem Diebstahl, der in dem Hotel vorgenommen ist, und da der Baron einen von dem damals gestohlenen Tausendmarktscheinen verausgabt hat, darfst du vielleicht, er könnte bei dem Diebstahl beteiligt sein. Sprich,

ich will die Wahrheit wissen“, schrie er, als sie über- rascht schwieg.

In der Ueberraschung versagte ihr wirklich die Sprache. Woher wußte Bernhard Heller, was in dieser Nummer des Polizeiblattes stand? Er hatte es also doch selbst schon irgendwo gelesen. Und woher hatte er gehört, daß der Baron einen der gestohlenen Tausendmarktscheine ausgegeben hatte?

Und nun sein wildes Aufschreien in einem ganz veränderten Tone, mit einer durch Wut und Wein gehenden, knirschenden und spöttisch-gellenden Stimme?

Wusste sie ein Spul oder war es eine tolle Einbildung? Ihr kam es vor, als stehe in diesem Augenblick nicht Dr. Bernhard Heller, sondern der Baron von Hellberg vor ihr. Gerade so schneidend hatte seine Stimme geklungen, als er von dem Polizeispittel sprach.

War das Täuschung, war das Wahnsinn, Zufall oder Wirklichkeit? Verwirrt blühte sie um sich, ganz wie in ihrem sonst so klaren Kopfe und merkte gar nicht, daß er fast ebenso verwirrt und verwirrt war, wie sie selber.

Sie wußte nicht, was sie sagen, was sie denken sollte, und empfand es wie eine Erleichterung und Be- ruhigung, als sie über sich in der Wohnung der Frau Steuerrätin Mertens, bei der Dr. Heller sein Zimmer gemietet hatte, Schritte vernahm, die sich der Treppe näherten und diese herabkamen. Die alte Dame war wohl von dem lauter gewordenen Geräusch, diesem ganz ungewöhnlichen nächtlichen Wortwechsel erwacht und kam nun voller Besorgnis, um sich zu überzeugen, was vorgefallen sei.

„Ach, Frau Steuerrätin, vergehen Sie uns nur, daß wir unvernünftigen beiden Menschenkinder in unserer Lieberlebensfreude Sie im Schlaf gestört haben. Es soll ganz gewiß nicht wieder vorkommen. Nicht wahr, Bernhard?“

„Ganz gewiß nicht, Frau Rätin“, sagte dieser, aber er sagte es rein mechanisch, als ob er nachspreche, was ihm vorgelesen sei.

Die alte Dame sah die Champagnerflasche und die Gläser auf dem Tische und tat so, als glaube sie Alaras Worten.

„Na ja, dann wird es wohl so sein“, sagte sie mit einem Versuch zu scherzen. „Ihr hattet Euch wohl viel zu erzählen, Kinder, und da ist der Herr Bräutigam

wohl etwas lebhaft geworden, und das Fräulein hat sich auch nicht so beherrschen können, wie sie es sonst tut. Lieber Doktor, merken Sie es sich, es tut nicht gut, wenn man als frischgebackener Bräutigam gleich nach der Verlobung in alle Welt verschwindet. Aber nun ist es wohl wirklich Schlafenszeit geworden. Gehen Sie zur Ruhe, Fräulein Alara, morgen ist auch noch ein Tag, an dem Sie sich weiter aussprechen können.“

Unter Bärtlichkeiten und Scherzworten und anscheinend in vollster Harmonie trennte sich das Brautpaar, und der Doktor ging mit der Rätin in deren Wohnung und in sein Zimmer. Oben herrschte tiefes Stillschweigen, unten im Wohnzimmer aber stand am Tische Alara Brandt noch lange aufrecht mit starrem Gesicht, zusammengepreßten Lippen und ineinander verkrampften Händen.

„Herrgott, was hatte das alles zu bedeuten?“ So ging es ihr durch den Kopf. Es fauste und brannte ihr hinter der Stirn, und immer noch glaubte sie die gellende, höhnische Stimme des Barons von Hellberg zu hören, der sie mit seinem Wort vom Polizeispittel so bitter, so namenlos tief gekränkt hatte.

Und es war doch nur ihr Bräutigam, der Dr. Bernhard Heller gewesen, der da, ein paar Schritte von ihr, in der Stube gestanden hatte.

Und er hatte Dinge gewußt, die doch nur der Baron von Hellberg und sie selbst gewußt hatten, die er zum Teil höchstens von dem Hotelbesitzer Allmers oder von dem Kriminalkommissar Bollhardt hätte erfahren können. Aber es war doch erst bei anbrechender Nacht mit dem Kölner Kurierzuge in der Stadt eingetroffen.

Freilich, der Zufall ist oft wunderbar. Seinem ganzen Wesen nach hatte Dr. Heller nach seiner Ankunft noch mit Bekannten ein Glas Wein getrunken, und da mochte er als das Renesse wohl die Geschichte von dem Tausendmarktschein des Barons von Hellberg vernommen haben. Und weil sie von dem Letzteren gesprochen hatten, hatte er gleich sein Wissen an den Tag gebracht. Aber merkwürdig, höchst merkwürdig, blieb das alles, und dann die Hehllichkeit der Stimme, als ob Hellberg und Dr. Heller Brüder gewesen wären.

(Fortsetzung folgt.)

Volkswirtschaftliches.

Der deutsche Banken- und Bankierstag wurde Montag abend in Berlin eröffnet. Die Vorstandsversammlung ergab die Wiederwahl des Geheimen Justizrats Meißner zum ersten Vorsitzenden, der damit zum fünften Male den deutschen Banken- und Bankiertag leitet. Die Reichs- und Staatsregierung ließ durch den Wirtschaftsminister Scholz dem Banken- und Bankiertag ihre Grüße entbieten. Namens der preussischen Staatsregierung sprach hierauf der Handelsminister Fischer. Hierauf sprach der Minister des Auswärtigen Simon. Er erbat die Mithilfe der deutschen Banken bei den kommenden großen politischen Konferenzen, die unsere künftigen auswärtigen Beziehungen grundlegend beeinflussen werden. Für die Mitarbeit an den großen auswärtigen Problemen erhofft der Minister besonders die indirekte Mitwirkung des Bank- und Bankiergewerbes infolge seiner Beziehungen zu besonderen Kreisen des Auslandes, die dazu führen können, daß größeres Verständnis, wenn auch nur langsam, im neutralen und früher feindlichen Ausland, für unsere Lage aufkomme. Im Anschluß hieran sprach Erzellenz Dabenein namens der Reichsbank. Er vertrat die Anschauung, daß durch sachverständiges Zusammenwirken der Banken untereinander und mit der Reichsbank und der Regierung eine Besserung unserer Lage erzielt werden könne.

3. Berlin, 26. Oktober. (Börse.) Die Kurse setzten heute ihre rückläufige Bewegung von gestern noch weiter fort. Auch die ausländischen Zahlungsmittel erfuhren eine neue Abschwächung. Deutsche Goldstücke 280-283 Mark. Sparprämienanleihe 87,40 Prozent.

3. Berlin, 26. Oktober. (Warenmärkte.) Nichtamtlich sind folgende Preise ermittelt für 50 Kilo ab Station: Mais 193-194, Roggenstroh 23-24, Weizenstroh 24 bis 27, Maisstroh 20-21, Hafer 30-32, Weizenheu 28-29, Heuballen 27-30, Altschmalz 38-42, Altschmalz 197 bis 180, Vorküchensbrot bis 315, kleine Kuchensbrot bis 250, Zerackeln neu 110, Zerackeln blau 80-90, gelb 90-110, Kartoffeln sortiert 32-33.

Scherz und Ernst.

11. Etwas von den Sternen. Die Astronomen teilen die Sterne in 16 Klassen ein, die sich alle durch ihre verschiedene Helligkeit von einander unterscheiden. Mit bloßem Auge kann man nur die Sterne erster bis sechster „Größe“ erkennen, und deren Zahl wird von Newcomb auf 7647 berechnet, von anderen auf weniger noch, obwohl man glaubt, Millionen Sterne mit unbewaffnetem Auge an einem klaren Nachthimmel zu erblicken. Die Sterne 7. bis 10. Größe schätzt man auf 2311 000. Diese ungeheure Zahl ist daraus zu erklären, daß der Weltraum, je weiter in die Ferne, räumlich desto größer wird. Alle Sterne über die 10. Größenklasse hinaus sind nur in den besten Teleskopen zu sehen, und ihre Zahl vermag niemand zu nennen. Der Astronom Green, der übrigens annimmt, daß das Weltall unbedingt eine Grenze hat, zählte einige Regionen am Himmel nach solchen Sternen aus und schätzte demzufolge ihre Zahl auf 100 Millionen.

12. Die größte Höhle Deutschlands. Unmittelbar am Kyffhäusergebirge, das bekanntlich von dem vom Kyffhäuser-Runde der deutschen Landes-Kriegerverbände errichteten Monumentalbau des Kaisers Wilhelm-Denkmal geziert wird, befindet sich in der Nähe von Uffungen eine seit Jahrhunderten bekannte Gipshöhle. Die Höhle war bisher nicht zu begehren. Umfassende Ausgrabungsarbeiten, die Anlage von Wegen und Treppen, elektrische Beleuchtung usw. haben es jetzt ermöglicht, die Höhle dem öffentlichen Verkehr zu erschließen. Die Höhle, die weites Aufsehen erregt wird, ist mit allen Ecktrepplern und Verzweigungen über 1000 Meter lang und bis zu 15 Meter breit und 10 Meter hoch. Sie darf als die größte und imposanteste Höhle Deutschlands, sogar als die größte bekannte Gipshöhle der Welt angesprochen werden. Die Höhle führt den Namen „Gipshöhle“. Eine zweite Höhle, die sich im Kyffhäusergebirge befindet und die dem Verkehr schon seit einer Reihe von Jahren erschlossen ist, führt den Namen „Barbarossahöhle“. Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß das monumentale Kaiser Wilhelm-Denkmal auf dem Kyffhäuser am 18. Juni 1921 auf ein 23 jähriges Bestehen zurückzuführen kann.

Kolales.

Die Schildlausplage an Zimmerpflanzen tritt zum Entsetzen mancher Blumenfreunde oft schon in den ersten Wintermonaten im Zimmergarten auf. Das Weibchen, dessen Gestalt einem winzigen Buchschildechen gleicht, legt an den Stängeln zahlreicher Zimmerpflanzen seine Eier ab, die wie in einem weißen Filz geborgen sind. Die Larven kriechen hervor und bilden, nachdem sie sich festgesetzt, ähnliche Schilder. Am meisten werden Oleander, Azaleen, Kanna, Myrten, Granaten, Dazänen, Garbenten, Laurus usw. heimgesucht. Gefährliche Gärtner behaupten, daß Schildläuse nur auf künstlichen Pflanzen haften. Man sehe daher nach, ob etwa Wurzelkäule oder allzu trockene Zimmerluft den Pflanzen Schaden gebracht haben. Sehr empfehlenswert ist es, die befallenen Pflanzen zeitweise der Luft auszusetzen, denn diese macht den gierigen Schmarotzern oftmals den Warena. Empfehlenswert ist auch das vollständige Eintauchen der Pflanzentrone in Wasser, in welchem Zustande sie einige Zeit bleiben muß. Das alte Volksmittel des Ausräucherns mit Tabakqualm bringt nur in den wenigsten Fällen Erfolg; dagegen kann ein öfteres Besprühen mit Seifenwasser zuweilen den ganzen Schaden beseitigen. Auch ein Aufguss von Tabakblättern bringt oft den gewünschten Erfolg. Verlangen alle diese Mittel nicht, so greife man zu einem Radikal- und Universalmittel „Tarastol“, das mit bestem Erfolg angewandt wurde. Es beseitigt auch die lästigen Blattläuse.

Ents Licht im Zimmer zu haben ist besonders im Winter eine unbedingte hygienische Forderung, da man dann den größten Teil des Tages bei künstlicher Beleuchtung verbringt. In den Großstädten verfügen ja die modernen Mietwohnungen fast durchgängig über Gas, wenn nicht gar elektrisches Licht, und die Bewohner werden kaum über Mangel an Licht zu klagen haben. Die Kleinbürger freilich und die Einwohner kleiner Städte, kurz, viele Millionen sind aber auf ihr Petroleumlampchen angewiesen, denn wahrlich, anders kann man das Ding kaum bezeichnen, wenn man Vergleiche mit Gas oder elektrischem Licht anstellt, obwohl auch Petroleum heute noch eine Rarität darstellt. Stets

tragen preutig die Hausfrauen oder die Dienstmädchen einen großen Teil der Schuld, wenn die Lampe nicht hell brennt. Jede Petroleumlampe muß jährlich mindestens zweimal auseinander genommen und in allen Teilen gründlich gereinigt werden. Auch der Gasballon ist innen auszuwaschen und völlig wieder zu trocknen. In den Ballon gibt dann einige Teelöffel Salz, welches das im Petroleum befindliche Wasser anzieht, also reinigend wirkt. Besondere Aufmerksamkeit hat man dem Dochte zuwenden. Gelauster Docht hat durch das Lagern eine große Menge Feuchtigkeit aus der Luft angezogen, was man allerdings niemals merken wird, was aber jedem, der in Chemie und Physik Bescheid weiß, ohne weiteres verständlich ist. Die feuchte Luft erfüllt die feinsten Gewebe-Sauggefäße, sie vermindert also, da Öl und Wasser sich bekanntlich nicht vertragen, die Aufsaugungsfähigkeit, und gibt so eine schlechte, flackernde Flamme. Man muß daher jeden Docht vor Gebrauch erst in Essig für ebenso zwecklos, wie das Einlegen von Kampher- oder Naphthalin-Kugeln in den Petroleumbehälter. Da jetzt schlechtes Petroleum im Handel ist, welches den Docht schnell verharzt und die Gewebefasern verstopft, empfiehlt sich ein öfteres Erneuern des Dochtes. Saubere gereinigte Lampen und sehr trockene Dochte ergeben unbedingt ein schönes, helles, ruhiges Licht, wovon man sich leicht wird selbst überzeugen können.

Zur Kartoffelversorgung!

Nach dem zwischen dem Gemeinderat und dem Vorstand der Ortsbauernschaft hierseits getroffenen Uebereinkommen sollte jeder hiesige Kartoffelerzeuger pro Morgen seiner Anbaufläche zehn Zentner Kartoffeln in die Gemeindegüter abliefern. Eine Anzahl Erzeuger sind dieser Verpflichtung nachgekommen, haben sie zum Teil schon überschritten; andere haben nur teilweise und wieder andere noch garnicht geliefert. Es ist daher in den letzten Tagen an die Rückständigen nochmals die Einzelaufforderung zur Ablieferung der zuständigen Mengen Kartoffeln ergangen. Den größeren Anbauern (über 1 Morgen) sind zehn Zentner pro Morgen, angefordert worden, den Bauern kleinerer Flächen (½ bis 1 Morgen) ist für jede Person ihres Haushaltes der Ertrag von 10 Ruten, der einen Ertrag von 40 Zentner pro Morgen entspricht (der in nur wenigen Fällen nicht überschritten sein dürfte) berechnet und für jede weitere volle 10 Ruten ein Ztr. Kartoffeln gefordert worden. Wenn diese — wirklich nicht zu hoch gegriffenen Mengen geliefert würden, so wäre die Gemeindebehörde jedenfalls in der Lage, die Versorgung der Einwohner auch durchzuführen. Wenn man bedenkt, daß es gerade die Kermis unserer Gemeinde, die Kriegsinvaliden, Kriegshinterbliebenen, Kriegswitwen sowie die Ortsarmen sind, welche von der Gemeinde versorgt werden müssen, so dürfte dieser Hinweis schon genügen, um die Ablieferung der geforderten Kartoffeln restlos durchzuführen. Die kleineren Anbauern unter ½ Morgen haben teilweise derart gute Ernten gemacht, daß sie eine ihren eigenen Bedarf weit überschreitende Menge eingekauft haben. Es sind Fälle bekannt, in denen außer der reichlichen Ernte sogar noch größere Mengen von den betr. Erzeugern zugekauft wurden. Ferner ist festgestellt, daß eine größere Anzahl Schweine zum Masten eingeleitet sind und nur wahrscheinlich mit Speisekartoffeln gefüttert werden. Unter den jetzigen Verhältnissen können eigentlich nur von größeren Anbauern welche auch über genügend Futterkartoffeln verfügen, Schweine zur Mast eingelegt bzw. mit Futterkartoffeln gefüttert werden. Es ergeht daher hiermit an die hiesige Einwohnerschaft, in erster Linie aber an die Bauern, die Borte, in der sie sich befinden, zu wirken, daß die Verhältnisse vorstehend angeführter Art der Gemeindebehörde mitgeteilt werden, die jedenfalls bereit ist, einzugehen. Sollten jedoch wider Erwarten die Ablieferungen nicht eintreffen, so wäre die Gemeindebehörde gezwungen, inwieweit die Namen derjenigen Abnehmer, welche ihre Pflicht erfüllt haben, zur Kenntnis der hiesigen Einwohnerschaft zu bringen, damit nicht auch diese unberechtigten Vorteile treffen können.

* Das Versorgungsausschuss mit Wiesbaden bittet um Aufnahme folgender Notiz: Zahlung von Renten-Vorschüssen an Kriegsschadigte, deren Rentenverfahren noch nicht zum Abschluß gekommen ist. Die Zahlung der bisher schon üblichen Renten-Vorschüsse findet immer an den 3 letzten Werktagen des Monats für den nächsten folgenden Monat statt. Um den Zahlungsverkehr in ordnungsmäßigem Wege abzuwickeln, wird hiermit folgende Reihenfolge für den Monat Oktober bestimmt: Buchstabe J—K am Donnerstag, den 28. Oktober, „ A—G „ Freitag, „ 29. „ „ E—H „ Samstag, „ 30. „ Vormittags von 8½ bis 12 Uhr. Die Annahme dieser Anordnung liegt einerseits im Interesse des Kassenerkehrs und nicht zuletzt im Interesse der Kriegsschadigten selber, die dann nicht unnötig warten müssen. In Folge kommen nur die in Wiesbaden und den Vororten wohnenden Kriegsschadigten, soweit ihnen Renten-Vorschüsse bewilligt worden sind. Das Versorgungsausschuss macht ganz besonders darauf aufmerksam, daß es sich hierbei nicht schon um die erhöhten Beträge des Renten-Vorschusses handelt. Ueber die Auszahlung letzterer schreiben noch Verhandlungen.

Bekanntmachungen.

Ordnung?

betreffend die Erhebung von Lustbarkeitssteuern im Bezirk der Gemeinde Bierstadt.

Lustbarkeitssteuer-Ordnung!

Auf Grund der §§ 13, 15, 18 und 82 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 und infolge Beschlusses der Gemeindevertretung vom 7. September 1920 wird nachstehendes festgesetzt:

§ 1. Für die im Gemeindebezirk Bierstadt stattfindenden öffentlichen Lustbarkeiten sind an die Gemeindekasse hierseits folgende Steuerbeträge zu entrichten und zwar:

1. Für die Veranstaltung einer Lustbarkeit:
 - a) Wenn dieselbe längstens bis 10 Uhr Nachts dauert. 75 Mk.
 - b) Wenn dieselbe über 10 Uhr Nachts hinaus dauert. 125 „
 - c) Wenn dieselbe von Masken besucht wird ohne Rücksicht auf die Dauer 200 „
 - d) für die Veranstaltung von Preiswettbewerben 250 „
2. Für die Veranstaltung öffentlicher Volks- und Vereinsfeste aller Art unter freiem Himmel, in Zelten, Festhallen, Sälen etc. und zwar:
 - a) Wenn dieselben von geladenen Fremden, d. h. nicht Ortsvereinen besucht werden, für den Tag 200 „
 - b) Wenn dieselben nur von geladenen Ortsvereinen besucht werden, für den Tag 125 „
3. Für die Veranstaltung einer Kunstfreier-Vorstellung:
 - a) Wenn bei derselben ein Eintrittsgeld von höchstens 20 Pfg. erhoben wird 25 „
 - b) Wenn bei derselben ein Eintrittsgeld von mehr als 20 Pfg. erhoben wird 40 „
4. Für die Veranstaltung eines Konzerts oder Theatervorstellung 50 „
5. Für Gesang u. deklamatorische Vorträge (jugen. Chor, Längel) für den Tag 75 „
6. Für Vorträge auf einem Klavier einem mechanisch oder anderem Musikinstrumente in Gastwirtschaften, Schankwirtschaften, öffentlichen Vergnügungsorten, Buden oder Zelten.

I. Für den Tag:

- a) Bei einer Dauer bis 10 Uhr abends 25 „
- b) bei einer Dauer über 10 Uhr abends 50 „

II. Für das Jahr:

Wenn die Vorträge während der Dauer eines Jahres tagl. vereinigt (d. h. nicht im Zusammenhange, sondern in größe oder kleiner Zwischenpausen) und nur gelegentlich, entw. der von dem Inhaber des betr. Lokals oder durch Besucher oder Gäste veranstaltet werden.

- Für ein Klavier monatl. 10 „
- Für ein automatisches Musikinstrument monatlich 20 „

7. Für Vorstellungen von Gymnastikern, Equilibristen, Ballett — oder Seiltänzern, Taschenspielern, Zauberern, Bauchrednern und dergl.:

- a) wenn bei derselben ein Eintrittsgeld von höchstens 20 Pfg. erhoben wird, für den Tag 15 „
- b) Wenn bei derselben ein Eintrittsg. v. mehr als 20 Pfg. erhoben wird, für den Tag 25 „
8. Für das Halten eines Karussells — Rutschbahn pp.
 - a) eines (u. d. Menschenhand gedrehten (Ritten, oder Kinder-Karussells) für den Tag 50 Mk.
 - b) für Aufstellen und Betrieb einer Rutschbahn 50 „
 - c) ein s. d. u. d. ein Pferd oder anderes Zugtier gedrehten für den Tag 150 „
 - d) eines durch Dampf, Elektrizität oder andere Kraft gedrehten, für den Tag 250 „
 - e) für das Aufstellen und den Betrieb einer Schiffschaukel für den Tag 250 „
9. Für das Halten eines Schießbude für den Tag 60 „

10. Für das Halten einer Bude, in welcher gegen Entgelt für den durch die Geschicklichkeit des Besuchers herbeigeführten Erfolg (z. B. Ballwerfen nach Puppen, Ringwerfen nach Messern u. dergl.) ein bestimmter Gewinn zugesichert wird für den Tag

- a) bis zu 5 Meter Frontlänge pro Meter 20 Mk.
- b) über 5 Meter Frontlänge pro Meter 30 „

11. Für das Halten einer Bude, in welcher gegen Entgelt für den durch Zufall eintretenden Glücksfall (wie beim Würfelspiel, Glücksrad u. dergl.) ein bestimmter Gewinn zugesichert wird, für den Tag

- a) bis zu 5 Meter Frontlänge, pro Meter 15 Mk.
- b) über 5 Meter Frontlänge, pro Meter 25 „

12. Für die Veranstaltung öffentlicher Vogel- und Scheibenpreis-schießen für die Veranstaltung 60 „

13. Für die Veranstaltung öffentlicher Preisregeln:

- a. für die Veranstaltung welche nur einen Tag dauert 60 „
- b. für die Veranstaltung welche länger dauert 200 „

14. Für die Vornahme von Auspielungen (Tombola) 75 „

15. Für die öffentlichen Belustigungen der vorher nicht gedachten Art, insbesondere für das Halten eines Marionettentheaters, Kinematographen, für das Vorzeigen eines Panoramas, Wachsfigurenkabinetts und dergl. je nachdem zu erwarten den Gewinn des Unternehmers für den Tag 60 „

§ 2. In den in § 1 Ziffer 1 und 6 gedachten Fällen ist die höhere Steuer d. niedere in sich. In den in § 1 Ziffer 15 gedachten Fällen erfolgt die Festsetzung der Steuer von Fall zu Fall durch den Gemeinderat.

§ 3. Die Steuer ist vor Beginn der Lustbarkeit zu zahlen. Für die Zahlung haftet derjenige, der die Lustbarkeit veranstaltet und falls ein geschlossener Raum für die Veranstaltung der Lustbarkeit hergegeben wird — der Besitzer desselben, dieser mit dem Veranstalter für das Ganze.

§ 4. Den öffentlichen Lustbarkeiten im Sinne dieser Ordnung werden diejenigen gleichgestellt, welche von geschlossenen Vereinen oder Gesellschaften oder von solchen Vereinen (Gesellschaften) veranstaltet werden, die zu diesem Zwecke gebildet sind.

